

**Jahreskonferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
vom 23. bis 25. Oktober 2024 in Leipzig**

Beschluss

TOP 5 Gemeinsame Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zeigen sich sehr besorgt angesichts der zunehmenden Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland. Sie halten fest, dass das Infektionsgeschehen nur durch zwischen den betroffenen Ländern abgestimmte Bekämpfungsmaßnahmen eingedämmt werden kann. Insbesondere die Prävention der Afrikanischen Schweinepest und ihre wirtschaftlichen Folgen erfordern weitere gemeinsame Kraftanstrengungen. Hierfür werden der länderübergreifende Austausch und die vertrauensvolle Zusammenarbeit fortgeführt und ausgebaut. Dabei ist das gemeinsame Ziel, dass eine zukunftsfeste heimische Landwirtschaft die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln unter Einhaltung hoher Standards versorgt.
2. In Seuchengebieten kann durch zusätzliche Restriktionen, Handelsbeschränkungen und Auflagen das Virus eine existenzielle Bedrohung für die landwirtschaftlichen, vor allem die schweinehaltenden Betriebe darstellen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Bundesregierung deshalb um Prüfung, wie die betroffenen Landwirtinnen und Landwirte finanziell und regulatorisch unterstützt werden können. Darüber hinaus wird sie gebeten, sich gegenüber der Europäischen Kommission für eine Ausweitung der bestehenden Kofinanzierungsprogramme zur Tierseuchenbekämpfung einzusetzen.

3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder stellen fest, dass auch in Seuchengebieten Schweinefleisch unter höchsten Standards produziert wird. Sie bitten die Bundesregierung, sich gegenüber der Europäischen Kommission für praxistaugliche Schlacht-, Verbringungs- und Vermarktungsvorgaben sowie eine unbürokratische und flexible Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten einzusetzen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung gebeten, zu prüfen, ob die zivile Notfallreserve (ZNR) um Fleischprodukte in Form von Vollkonserven weiter ausgebaut werden kann und durch gezielten Ankauf von Produkten aus Fleisch von Tieren aus den Restriktionsgebieten für staatliche Einheiten Lieferketten unterstützt werden können.
4. Die Übertragungswege von Tierseuchen wie der Afrikanischen Schweinepest sind vielfältig und hinsichtlich der Vektoren stellenweise unerforscht. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Bundesregierung, die Forschung zur Bekämpfung von Tierseuchen zu intensivieren und die dafür notwendigen Kapazitäten des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) und des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) auszubauen.

Zur Bekämpfung der hochinfektiösen Tierseuche Afrikanische Schweinepest sind länderübergreifende Investitionen notwendig, die erhebliche Kosten verursacht haben und weiterhin verursachen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten den Bund um eine finanzielle Beteiligung.